

"Richard von Weizsäcker, Meilenstein Maastricht

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 15.04.1992, Nr. 42. Bonn: Deutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"richard_von_weizsacker_meilenstein_maastricht-de-5387ed12-5f1a-468f-8962-ad53ababcd7.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 21/10/2012

Meilenstein Maastricht

Bundespräsident Richard von Weizsäcker stellte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für die Ausgabe vom 13. April 1992 folgenden Artikel zur Verfügung:

Ob wir es verdienen oder nicht, ob wir es schon klar genug erkennen oder nicht, wir stehen vor einer epochalen Entscheidung. Sie ist von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes.

Der Gipfel von Maastricht ist ein Meilenstein – aller Kritik zum Trotz. Er weist uns den Weg nach Europa, auf den wir angewiesen sind.

Nach dem letzten furchtbaren europäischen Bürgerkrieg setzten die großen europäischen Schritte ein. Die Europäische Kohle- und Stahlunion war der Anfang, Euratom, die Wirtschaftsgemeinschaft und die Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik folgten.

In acht Monaten haben wir den Binnenmarkt: Europa ohne Grenzen für Waren und Dienstleistungen, für Personal und Kapital. Jetzt fehlen noch die entscheidenden Stufen zur europäischen Einheit: die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union.

Hier setzt die Kritik an. Zu viele der Entscheidungen, die ganz Europa berühren – wie Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerpolitik, wie Umwelt, Forschung und Entwicklung und schließlich die Außen- und Sicherheitspolitik –, würden auch nach Maastricht weiterhin zwölfmal unterschiedlich in den Hauptstädten entschieden, in Brüssel lediglich harmonisiert, aber nicht der Gemeinschaft zur einheitlichen Entscheidung überantwortet.

Soweit aber die Kompetenzen der nationalen Regierungen abwanderten, wuchsen sie einem Gebilde zu, das seinerseits keiner angemessenen Aufsicht durch die Volksvertreter unterworfen sei.

Zu diesem kritischen Bild gesellt sich eine beinahe traumatische Sorge: Die Wirtschafts- und Währungsunion, wie in Maastricht vereinbart, nehme uns die Deutsche Mark, beschere uns eine europäische Währung mit hohem Wertrisiko, raube uns auf Dauer unsere Ersparnisse und gefährde unsere Zukunft. Stimmt das?

Zunächst zum Wert unserer eigenen Währung: Zur Zeit lebt sie von ihrem guten Ruf. Momentan ist sie nicht die stabilste und wertbeständigste in Europa. Dies ist vor allem eine Folge der Vereinigung Deutschlands.

Diejenigen Deutschen, die nach 1945 mit dem leichteren Teil der deutschen Geschichte davonkamen, wurden nicht ernsthaft aufgefordert, zugunsten der schwerer Betroffenen auf Zuwachs und Wohlstand vorübergehend zu verzichten.

Westliche Gemeinden, Länder und Bund traten vor allem in den konsumtiven Ausgaben kaum kürzer. Aber die Kosten der Vereinigung sind und bleiben hoch.

Die Staatsverschuldung wächst, mit allen Auswirkungen auf Kapitalmarkt und Zinsen, die jetzt zu spüren sind. Und da wir die führende europäische Währung haben, tragen auch unsere Partner mit an der Last, die von Deutschland ausgeht.

So scheint es denn, daß wir in Deutschland keinen Grund haben zu klagen, eine europäische Währung würde von uns Sonderopfer verlangen.

Wir Deutschen haben ein ausgesprochen positives Verhältnis zu unserer DM. Es beruht auf guten Erfahrungen. Nun gibt es eine verbreitete Verunsicherung, ob uns die Vereinigung erlauben werde, den Status quo des Wohlstands zu halten.

Auch wenn es hier an rechtzeitigen politischen Signalen gefehlt hat, ist es doch unsachlich und widerspricht den deutschen Interessen, aus solchen Sorgen eine Anti-Europastimmung zu machen. An den früheren deutschen Hyperinflationen hatten unsere europäischen Nachbarn kaum Anteil. Ihnen jetzt inflationäre Mentalitäten in einer Zeit zu unterstellen, in der manche von ihnen sich striktere geldpolitische Zurückhaltung auferlegen als Deutschland, ist wenig glaubwürdig.

Selbstverständlich werden sich alle Mitgliedstaaten im europäischen Verbund um Haushaltsdisziplin und Währungsstabilität nach Kräften bemühen müssen.

Doch eben in dieser Richtung liegen die Stärken der Maastrichter Verträge.

In Maastricht wurden strenge Kriterien vereinbart, die erfüllt sein müssen, ehe ein Mitgliedstaat sich für die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion qualifiziert. Gegenwärtig werden diese Eintrittskriterien nicht einmal von den Deutschen erfüllt.

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird nach Prinzipien funktionieren, die ohnehin für uns selbst maßgebend bleiben müssen: Unabhängigkeit der Zentralbank, Geldwertstabilität, Haushaltsdisziplin.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß unser Währungskonzept zur europäischen Verfassung, unsere Soziale Marktwirtschaft nun zum europäischen wirtschaftspolitischen Grundgesetz gemacht wird.

Darin liegt die einzigartige Bedeutung von Maastricht für Wirtschaft und Währung. Sie ist für uns Deutsche besonders wichtig. Wir verfügen in der Gemeinschaft über die stärkste Volkswirtschaft. Ein Drittel unseres Sozialprodukts wird im Export erwirtschaftet, davon fast sechzig Prozent in Europa.

Aber reicht die politische Absicherung der Wirtschafts- und Währungsunion, so wird kritisch rückgefragt. Die Entschließungen zur Politischen Union haben ohne Zweifel Wünsche offengelassen. Dies gilt vor allem für die parlamentarischen Befugnisse in Europa. Das Demokratiedefizit in den Institutionen abzubauen bleibt unser Ziel.

Doch ist dies kein Grund, gegen Europa zu votieren. Der europäische Integrationsprozeß ist weithin unumkehrbar geworden. Die europäische Einigung ist eine Geschichte des institutionellen Wettbewerbs.

Was sich bewährt, setzt sich trotz aller Skepsis schließlich durch, so zum Beispiel das Prinzip der unabhängigen Notenbank. Was fehlt, kommt Schritt für Schritt.

Das Europäische Parlament erhält jetzt erstmals gesetzgeberisch wichtige Mitentscheidungsrechte. Eine neue Vertragskonferenz wird 1996, also vor dem Eintritt in die Endstufe der Währungsunion, Fortschritte bei der politischen Einigung erbringen.

Unsere Gemeinschaft wird ein Europa der Regionen werden. Maastricht stärkt ihr Gewicht, zumal in den nichtdeutschen Mitgliedsländern. Erstmals ist der Grundsatz der Subsidiarität festgeschrieben.

Weit eher als die Regionen oder die Bundesländer sind es die Nationalstaaten, die etwas für den Aufbau Europas hergeben müssen. Europa wird als Funktion, die Länder werden als Beheimatung in ihrer Bedeutung wachsen. Notwendig ist daher auch im Bundesrat eine europäische Bundespolitik, nicht neue Kleinstaaterei.

So wächst eine europäische Gemeinsamkeit heran, die wir als Deutsche inmitten Europas dringlich benötigen, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern langfristig noch viel mehr aus geographischen und historischen Gründen, um unserer Politik und Sicherheit willen.

Wir müssen es als einen Glücksfall der Geschichte begreifen, daß die Vereinigung Deutschlands in jene Epoche fällt, in der auch die Vereinigung Europas heranrückt.

Fast ein halbes Jahrhundert lang war die alte Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg im westlichen Bündnis sicher. So unmenschlich die Teilung war, so waren wir doch in der Randlage vor der Begegnung mit den schwierigen Spannungen bewahrt, die eine kontinentale Mittellage bedeutet.

Schon die ersten zwei Jahre nach dem Fall der Mauer haben genügt, uns drastisch vor Augen zu führen, welche Probleme eine solche Mittellage in Europa mit sich bringt – eine Mittellage, der dieses Deutschland seit dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ausgesetzt war und die uns nach 1914 in zwei Weltkriege geführt hat.

Heute gehen die Herausforderungen, vor denen wir stehen, viel weiter. Unsere Nachbarn im Osten suchen die Annäherung an die Gemeinschaft. Eine neue und dauerhafte Mauer der Armut an unseren Grenzen würde auch uns gefährden.

Nukleare Altlasten des früheren Ostblocks sind bedrohlicher als das überwundene Gleichgewicht des Schreckens. Gegen vagabundierende Atomsprengköpfe gibt es weder eine interkontinentale Abschreckung noch eine deutsche Sicherheit.

Gefahren und Problemen dieser Art kann nicht allein von Deutschland aus begegnet werden. Neben den veränderten Aufgaben der Atlantischen Allianz ist die Perspektive einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft unausweichlich.

Dazu bedarf es der Vertiefung ihrer Handlungsfähigkeit, also der Ziele der Maastrichter Verträge. Eine weitere Aufgabe stellt uns der wachsende technologische Vorsprung in Japan und Amerika. Wir wollen gewiß keine dirigistische Industriepolitik. Aber wenn Europa seine Kräfte nicht mobilisiert, geraten wir ins Hintertreffen.

Wenn irgend jemand in Europa die Politische Union und als ihren derzeit wesentlichen Teil die Wirtschafts- und Währungsunion benötigt, dann sind wir es.

Noch sind wir vielleicht dem Ereignis zu nahe, um es spüren zu können: Maastricht bietet uns an der Schwelle zum 21. Jahrhundert die Möglichkeit, aus der Mittellage erlöst zu werden und die Zukunft für unser Land langfristig zu sichern.

Niemand von uns sollte die Hand dazu reichen, diese Chance zu vertun – sie kommt vielleicht nie wieder.